



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 50 - Plenarwoche 25. - 29. September 2006

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



EVP-ED

I. Allgemeine Informationen

1. Rückfluss aus dem Gemeinschaftsbudget 2005

Insgesamt erhielten die 25 EU-Mitgliedstaaten 104,6 Mrd. € Fördermittel, das entspricht 0,97% des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE). Nahezu Zweidrittel der Ausgaben entfielen auf die bevölkerungsreichsten Mitgliedstaaten Spanien (14,8 Mrd. €), Frankreich (13,6 Mrd. €), Deutschland (12,3 Mrd. €), Italien (10,7 Mrd. €) und Großbritannien (8,7 Mrd. €).

Die zehn neuen Mitgliedstaaten hatten 2005 einen Anteil von rund 9,5% an den gesamten EU-Ausgaben. Größter Empfänger von Geldern aus den Strukturfonds war Spanien, gefolgt von Deutschland, Italien und Großbritannien. Jeder fünfte Euro der EU-Agrarausgaben ist im vergangenen Jahr an Frankreich gegangen. Danach kommen Deutschland und Spanien mit jeweils etwa 13%. Wie bereits zuvor waren die vier größten Mitgliedstaaten auch die größten Geldgeber der EU. Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien haben rund zwei Drittel des EU-Haushalts finanziert.

2. Ausschreibung im Bereich Informationen zu europäischen Fragen

Die Generaldirektion Information des Europäischen Parlaments bittet größere Organisationen, die eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen, um die Einreichung von Projektvorschlägen im Bereich Information und Bewusstseinsbildung zu europäischen Fragen und zur Rolle des Europäischen Parlaments. Die Förderung erfolgt in Form einer Kofinanzierung. Förderfähig sind folgende Projekte: Fernsehen, Hörfunk, Diskussionen, Konferenzen, Seminare und Veranstaltungen, Messen und Ausstellungen, die anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge im März 2007 stattfinden. Die Einreichungsfrist läuft bis zum 27.10.2006.

Weitere Informationen: <http://www.europarl.europa.eu/tenders/invitations.htm>

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u. a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Türkei muss Reformprozess intensivieren

Das EP beschäftigte sich mit einem Bericht, welcher die Fortschritte der Türkei auf Ihrem Weg in die EU beleuchtet. Das EP begrüßte mehrheitlich, dass die aktive Phase der Verhandlungen mit der Türkei begonnen hat. Es bedauerte aber die Verlangsamung des Reformprozesses, insbesondere auf den Gebieten der Meinungsfreiheit, der Religions- und Minderheitenrechte, der Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Militär, der Frauenrechte und der kulturellen Rechte. Des Weiteren stellte das EP fest, dass die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern zwar kein Beitrittskriterium sei, allerdings halte es für unerlässlich, dass sich die Türkei ihrer Vergangenheit stellen und sie bewältigen müsse. Dagegen stelle die Weigerung der türkische Regierung, zypriotischen Schiffen den Zugang zu türkischen Häfen und zypriotischen Flugzeugen Landrechte zu gewähren, einen Verstoß gegen das Assoziierungsabkommen, die Zollunion und das Zusatzprotokoll. Unzureichende Fortschritte in dieser Hinsicht könnten "ernste Auswirkungen auf

den Verhandlungsprozess haben und diesen sogar zum Stillstand bringen". Letztlich machte das EP klar, dass die Aufnahme der Verhandlungen ein Ausgangspunkt für einen lang andauernden Prozess mit offenem Ausgang sei und nicht automatisch zum Beitritt führe. Die Abgeordneten betonten, dass das Ziel der Verhandlungen die türkische EU-Mitgliedschaft sei - die Erfüllung dieses Anspruchs hänge jedoch von den Anstrengungen beider Seiten ab. Die Fähigkeit der EU, die Türkei aufzunehmen und gleichzeitig die Integrationsdynamik beizubehalten, sei eine wichtige Erwägung im allgemeinen Interesse der EU wie auch der Türkei.

Ich habe den einzelnen Forderungen gegenüber der Türkei zugestimmt, nicht jedoch der Schlussabstimmung. Das Ziel der Verhandlungen darf nicht ausschließlich die Vollmitgliedschaft sein, sondern muss auch offen für andere Möglichkeiten sein wie z. B. eine "privilegierte Partnerschaft".

2. EP überarbeitet Feinstaubrichtlinie

Das EP hat sich für niedrigere Jahresgrenzwerte für Feinstaub ausgesprochen, plädierte zugleich jedoch für größere Flexibilität bei der Erreichung der Zielvorgaben. Die Zahl der Tage, an denen der Tagesmittelwert von $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ überschritten werden darf, kann unter bestimmten Bedingungen von 35 auf 55 pro Kalenderjahr erhöht werden. Ob diese Erhöhung eingeführt wird, soll den Mitgliedstaaten überlassen werden. Für Feinstaub legte das EP einen Grenzwert von $33 \mu\text{g}/\text{m}^3$ fest, der ab 1. Januar 2010 eingehalten werden muss. Können in einem bestimmten Gebiet Grenzwerte nicht innerhalb der festgelegten Fristen eingehalten werden, können diese Fristen um bis zu vier Jahre verlängert werden. Allerdings muss der Mitgliedstaat nachweisen, dass alle geeigneten Maßnahmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene getroffen wurden, um die Fristen einzuhalten. Das EP betonte dabei, dass die Mitgliedstaaten, die bislang noch keine ausreichenden Maßnahmen zur Verringerung der Luftverschmutzung ergriffen haben, nicht berechtigt sind, Ausnahmeregelung in Anspruch zu nehmen. Die Abgeordneten betonten, dass die Öffentlichkeit täglich über die aktuellen Tagesmesswerte informiert werden muss.

3. Erzeugung, Ein- und Ausfuhr sowie Kontrolle ökologischer Erzeugnisse

Das EP hat an dem Verordnungsvorschlag "über den ökologischen Landbau/die biologische Landwirtschaft und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel" Änderungen vorgenommen. Danach dürfen aus Drittländern eingeführte Erzeugnisse in der Gemeinschaft als ökologisch gekennzeichnet in Verkehr gebracht werden, wenn sie folgende Bedingungen erfüllen: Sie entsprechen den Produktionsvorschriften der neuen Verordnung, das Herkunftsland ist für Importeure und Verbraucher klar erkennbar, und die Erfüllung der vorstehend genannten Bedingungen kann kontrolliert und überprüft werden. Die Erzeugnisse müssen zudem mit einem von der zuständigen Kontrollbehörde erteilten Zertifikat ausgestattet sein.

III. Weitere Themen waren:

- Bereits in der Grundschule zwei Fremdsprachen unterrichten
- Thematische Strategien für die städtische Umwelt und zur Luftreinhaltung
- Entlastung für EP-Haushalt 2004 - Kritik an der Stadt Straßburg
- Leitlinien für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt
- Schutz personenbezogener Daten
- kohärente EU-Einwanderungspolitik
- Perspektiven von Frauen im internationalen Handel
- Lebenslanges Lernen

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.ep.ec/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de&redirection>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>
